



Prinzipale und Gehilfen Basken nicht gemeldet, sondern durch die umfragenden Arbeitslosen ohne besondere Rücksichtnahme auf die Tarifobjekt gedeckt wurden. Ebenso haben die von uns zur Einstellung telegraphisch beordneten Gehilfen in unbegreiflich langsame und umständlicher Art oder gar nicht unserer Ordre entsprochen.

Erwähnen wollen wir an dieser Stelle des Antrages des Einigungsamtes der Buchdrucker und Schriftgießer Desterreich zu einem Kartellvertrage zwischen den Nachweisen beider Länder. Die gewechselten Schriftstücke werden Ihnen bei Punkt 4 der Tagesordnung mitgeteilt werden.

Was die Frage nach den Schiedsgerichten betrifft, so sind solche in I., IV., VI., VIII. und IX. Kreise je 1, im V. und VII. je 2 etabliert, und zwar an folgenden Orten: Hannover, Stuttgart, Augsburg, München, Halle, Leipzig, Dresden, Berlin und Breslau.

Nach den bisher bei uns eingelaufenen Entschieden haben bisher verhandelt: Augsburg in 1 Falle, Berlin in 16, Dresden in 1, Halle in 4, Hannover in 1 Fall und 1 Wiederaufnahme-Verfahren, Leipzig in 10, München in 1 und Stuttgart in 1 Falle mit zwei Sitzungen.

Die Herren Kreisvertreter aber sind hiermit gebeten, die Schiedsgerichte ihres Kreises auf die Innehaltung der Verpflichtungen des § 9 der Satzungen für Schiedsgerichte aufmerksam zu machen, vor allem aber dafür Sorge zu tragen, daß das der Klage zu Grunde liegende technische Material zugleich mit dem Entscheid an uns gesandt werde. Bisher ist dies nur ganz vereinzelt geschehen, und es ist uns darum unmöglich, der Verpflichtung auf Schaffung eines Tarifkommentars zu entsprehen.

Die Bildung der noch fehlenden Schiedsgerichte geht ihrer völligen Erledigung entgegen. Zu wählen bzw. zu konstituieren sind noch 14 Schiedsgerichte.

Berufungen gegen gefällte Schiedssprüche gingen bei uns 3 ein, ohne daß indes das Amt als solches darüber zu verhandeln hatte, weil die Fälle so lagen, daß die beiden Vorstehenden sich berechtigt glaubten, selbst entscheiden zu können.

Darum die Veröffentlichung der Entschiede noch nicht erfolgte, darüber werden Sie bei Punkt 6 der Tagesordnung begründeten Aufschluß erhalten.

Veränderungen im Tarif-Ausschuß fanden insofern statt, als im IV. Kreis an Stelle des zurückgetretenen Herrn Pfeifer Herr Rieger und im V. Kreis an Stelle des Herrn Mezhausler Herr Seitz getreten ist.

Nach diesem allgemeinen Ueberblick lassen Sie uns noch erwähnen, daß die Korrespondenz mit den Herren Kreisvertretern, den Arbeitsnachweisen, Schiedsgerichten und Korporationen sowie mit den einzelnen Berufsangehörigen eine sehr rege war. Wir haben seit der letzten Sitzung vom September bis 15. Mai, dem Termin unserer Geschäfts- und Kassenabschlusses, in unserm Postfach einen Korrespondenzumhang von 1198 und einen Postausgang von 4604 vermerkt; außerdem ergingen 6 Rundschreiben an die Herren Kreisvertreter, wie auch das Ergebnis unserer diesmaligen Statistik kreisweise geordnet für jeden einzelnen Kreisvertreter in einem besonderen Hefte zusammengetragen wurde.

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedern des Ausschusses und unserm Amt trägt einen durchaus kameradschaftlichen Charakter und wünschen wir, daß auch für die Folgezeit das denkbar beste Verhältnis mit unseren Mitarbeitern ausbleiben möge. Aus diesem Wunsche wollen Sie entnehmen, daß es uns heiliger Ernst ist in dem Vorwärtstreben zu unserm gemeinsamen Ziel und daß wir es schließlich wünschen, daß beide partizipierenden Teile unserer Tarifgemeinschaft sich in Erreichung dieses Zieles eins wissen. Aber auch jeder Einzelne, der mit uns auf dem Boden solcher vernünftigen Handelns sich vereint, muß für seinen Teil seine Pflicht erfüllen, wenn Ihre und unsere Arbeit mit Erfolg gekrönt sein soll.

Zu diesem Wunsche schließen wir unsern Geschäftsbericht und bitten Sie überzeugt zu sein, daß, wenn unsere Geschäftsführung auch nicht zu aller Wunsche gearbeitet haben sollte, wir doch bestrebt waren, in allen unseren Handlungen das Beste für die Sache zu wollen. In Gerechtigkeit und ohne Ansehen der Person unsern Amtes zu walten, ist uns oberstes Prinzip geblieben.

Herr Bügenstein erläutert kurz, wie das Amt in seinen ausführenden Personen nach Kräften tätig gewesen sei und dankt Herrn Bernstein für die Unterstützung, die er persönlich durch ihn gefunden.

Es wird nunmehr in eine Debatte über den Geschäftsbericht eingetreten, die nach kurzen Bemerkungen der Herren Rieger, Knie, Bär, Klapproth und nach der Genehmigung desselben ergeht.

Herr Bügenstein übernimmt hierauf das Wort zur Erstattung des Kassenberichtes, aus welchem hervorgeht, daß neben dem von Prinzipalen und Gehilfen gemeinsam aufgebrachtem Beitrage von 8000 M. ein Erlös für verkaufte Tarife von 121,54 M. zu verzeichnen ist und nach Abzug des Ausgabebetrages ein Bestand von 960,66 M. verbleibt, und schlägt nach demselben die Wahl einer Prüfungskommission vor.

Herr Klapproth bemängelt die Rückerstattung der Kosten für den Nachweis des Kreises III, indem alle anderen Nachweise die Kosten selbst getragen hätten.

Herr Bügenstein erwidert zu berücksichtigen, daß es sich hier um einen Nachweis handelt, der vom Tarifamt errichtet worden ist, weshalb dasselbe auch die

Kosten übernehmen mußte. Bei allen anderen Nachweisen sei dies eben nicht der Fall gewesen.

Herr Bär wünscht eine möglichst sofortige Drucklegung des Geschäfts- und Kassenberichtes und wird für spätere Sitzungen eine Drucklegung beschließen.

Zu Revisionen werden hierauf die Herren Bär und Raug gewählt.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Herr Giesecke regt nunmehr infolge eines an ihn herangetretenen Wunsches an, daß fortan die Redakteure der beiden offiziellen Organe zu den Sitzungen zuzulassen seien. Dies wird nach einer kurzen Debatte beschlossen.

Hierauf wird zu Punkt 2 der Tagesordnung: Berichterstattung der Kreisvertreter, übergegangen.

Herr Schlüter berichtet betreffs seines Kreises, daß die Abwidlung der Einführung des Tarifs im allgemeinen glatt von statten gegangen sei. Nur betreffs der Schiedsgerichte sei nicht nach Wunsch verfahren worden. Herr Klapproth regt nach einigen Mitteilungen die Frage an, ob ein Gehilfe stellvertretender Kreisvertreter sein könne, wenn derselbe in einer Druckerlei stehe, die den Tarif nicht schriftlich anerkannt habe, was verneint wurde. Im übrigen dankt Klapproth für die vom Tarifamt ausgearbeitete Statistik, die für die Kreisvertreter schätzenswertes Material bilde. Für den II. Kreis bedauert Herr Bettenworth, daß er ohne einen Prinzipalvertreter den schweren Kampf für Tarifeinführung habe aufnehmen müssen, konstatiert aber mit Freude, daß ihm die thätigste Unterstützung seitens des Amtes und ganz insbesondere des Herrn Bügenstein zu teil geworden, wofür er besonders von Wirsam dankbar sei.

Die organisierte Gehilfenschaft des II. Kreises habe ihre Pflicht gethan, aber er wolle hoffen, daß nunmehr auch in allen Kreisen sich die Thätigkeit der Herren Prinzipale im Sinne des Tarifs ebenso flott bemerkbar machen möge. Er berührt ferner die schädliche Thätigkeit des Gutenbergbundes, der es unternommen, mitten in die Bewegung hinein Zirkulare zu versenden, in welchen er seine Arbeitsnachweise empfohlen habe. Er bitte das Tarifamt, hier ein machsames Auge zu haben, und danke im übrigen nochmals für die persönliche Unterstützung des Herrn Bügenstein.

Herr Bügenstein dankt für freundliche Anerkennung, erklärt aber, daß irgendwelche offizielle Mitteilungen über ein tarifwidriges Verhalten des Gutenbergbundes aus dem II. Kreis an das Amt nicht ergangen seien.

Herr Mezhausler ist inzwischen erschienen und nimmt als Zuhörer an der Sitzung teil.

Es wird in der Berichterstattung der Kreisvertreter fortgefahren, in deren Einleitung Herr Bügenstein die Wahl eines Prinzipalvertreters für den II. Kreis zur Vespöschung bringt und den Antrag stellen möchte, die formale Regelung dieser Sache dem Tarifamt zu überweisen.

Ein diesbezüglicher Antrag wird angenommen.

Für den III. Kreis bedauert Herr Wahla die vielfach gezeigte Interesslosigkeit der Herren Prinzipale, was seine Arbeit aufs äußerste erschwert habe. Ueber den Arbeitsnachweis und dessen gute Funktionierung wird Herr Dominé wohl berichtet. Interessant sei ein Besuch des Frankfurter Gewerbegerichtes, daß jede Druckerlei den Tarif zu bezahlen habe, sofern dieselbe nicht ausdrücklich ihren Gehilfen gegenüber durch besonderen Vertrag sich dagegen ausgesprochen. Betreffs der Einführung des Tarifs schildert Herr Dominé in kurzen Umrissen die erzielten aufrechterhaltenden Erfolge und verweist ziffernmäßig auf das gute Funktionieren der Nachweise. Für den IV. Kreis schildert Herr Rieger die schwierige Arbeit namentlich der Reklamationen gegen tarifanerkennende Firmen und bittet, über deren Bezahlung usw. Beschwerden geführt wird. Herr Knie muß bedauern, daß von einem Fortschritt in tariflicher Beziehung in seinem Kreise nicht zu berichten sei, zumal eine Anzahl Firmen trotz Anerkennung sich nicht nach dem Tarife richtete. Auch mit dem Lehrlingswesen liege es besonders sehr im argen. Herr Rieger verweist betr. Anregung des Herrn Knie auf eine intensivere Thätigkeit der Prinzipale, daß gerade der IV. Kreis in Herrn Kreis einen äußerst tüchtigen Mitarbeiter besitze und auch er nach Kräften seine Pflicht erfülle.

Herr Huber schildert die stetig fortschreitende Tarifeinführung in seinem Kreis und hofft bei andauernder Arbeit auf eine völlige Durchführung. Herr Seitz berührt zunächst die erfreuliche, gemeinschaftliche Arbeit mit Herrn Huber und erhofft ebenfalls von einer demnächstigen Agitation einen weiteren Fortschritt zum Bessern.

Herr Bügenstein gibt bei dieser Gelegenheit die Erklärung ab, daß der V. Kreis das leuchtende Bild einer wirksamen Thätigkeit biete, und muß konstatieren, daß im besonderen die Thätigkeit des Herrn Döberburg den Tarif-Ausschuß zu ganz außerordentlichem Danke verpflichte. Der Kreis habe thatsächlich im letzten Geschäftsjahr um 50 Proz. an tariftreuen Firmen gewonnen.

Ueber vorgebrachte Beschwerden Sei's über die Arbeitszeit einzelner Maschinenmeister Münchens entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in welcher ausdrücklich betont wird, daß für Erledigung solcher Beschwerden nicht der Ausschuß tonangebend sondern daß hierfür die errichteten Institutionen, zunächst also die Schiedsgerichte, maßgebend seien.

Betreffs des VI. Kreises berichtet Herr Matthaei, daß im allgemeinen von einer Interesslosigkeit selber in Betracht kommenden Faktoren die Rede sein müsse, und gibt einen ziffernmäßigen Beweis über den geringen Fortschritt an einzelnen Orten. Herr Raug beginnt mit der Notwendigkeit der Streichung einiger Firmen, berührt die Vorkommnisse bei der Tarifeinführung in Halle und verweist auf die Mißwirtschaft in Bezug auf das Halten von Lehrlingen in einzelnen Städten. Der Arbeitsnachweis funktioniere leidlich, ebenso das Schiedsgericht in Halle.

Herr Bügenstein gibt hier zur Kenntnis, daß das Herzoglich Sachsisch Staatsministerium auf Empfang der Eingabe an die Behörden ein Verzeichnis der tariftreuen Firmen erheben habe, was einem gewissen Erfolg in beregter Richtung gleichkomme.

Herr Bär erklärt, daß die Thätigkeit der Kreisvertreter sich wohl im besondern darauf beschränkt hat, den Tarif mehr durch, als einzuführen, worauf Herr Bügenstein dennoch den ziffernmäßigen Fortschritt auch im VII. Kreise nach dem Verzeichnisse nachweist. Herr Raug erwähnt der steten fleißigen Mitarbeit des Herrn Bär, will aber betreffs so mancher Firmen im Verzeichnisse erklärt haben, daß es hier noch an so manchem in Bezug auf Tariftreue mangelt, daß aber fortgesetzte Arbeit auch hier zum guten Ende führen möge, andernfalls Streichung beantragt werden müßte. Betreffs des Kreises VIII gibt Herr Bügenstein die Erklärung ab, daß in seinem Kreise die Verhältnisse gut liegen und daß sich im allgemeinen nur noch wenig bessern lassen werde, welchen Auslassungen sich Herr Giesecke anschließt. Für den IX. Kreis berichten die Herren Reusch und Schlag und betonen die fortgesetzt schlechten Verhältnisse in ihrem Kreise; die erzielten Erfolge haben wohl Aufbesserungen gebracht, nicht aber eine völlige Tarifeinführung.

Herr Bügenstein bedauert ebenfalls die überaus traurigen Verhältnisse des IX. Kreises, der thatsächlich im Umfange der Tarifeinführung noch hinter dem II. Kreise zurückstehe.

Damit ist der 2. Punkt der Tagesordnung erledigt und käme Punkt 3: Vespöschung der Thätigkeit der Arbeitsnachweise und Maßnahmen zu zweckdienlichem Ausbau derselben zur Verhandlung. Auf Wunsch des Herrn Bügenstein wird jedoch zunächst in eine Vespöschung des Punktes 4: Antrag auf Gegenseitigkeit der Arbeitsnachweise mit dem Gremium der Buchdrucker Desterreichs, eingetreten, weil beide Punkte eine zusammenhängende Materie bilden.

Dem wird zugestimmt und bringt Herr Giesecke die hierauf bezüglichen Schriftstücke des Einigungsamtes sowohl als der österreichischen Gehilfen zur Mitteilung, aus welchen hervorgeht, daß die dortigen beiderseitigen Interessenten die Erstrebung eines Kartells für wünschenswert erachten.

Herr Bügenstein bemerkt zu der Angelegenheit, daß es wohl genügen würde, wenn der Ausschuß das Tarifamt beauftragte, mit dem Gremium ein Kartell dahin abzuschließen, daß die beiderseitigen Nachweise die Pflicht übernehmen, bei anerkannten Lohnstreitigkeiten in dem einen oder andern Land Arbeitskräfte nicht zu vermitteln und tarifuntreue Gehilfen nicht in ihre Listen vorzutragen. Darüber hinausgehende Beschlüsse unterstünden der Beschlussfassung des Ausschusses. Das Tarifamt steht der Sache sympathisch gegenüber.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Nunmehr wird in die Beratung des Punktes 3 und 5 (Antrag Knie auf Stellung der Arbeitsnachweise unter eine Zentrale) eingetreten und übernimmt hierüber Herr Knie das Referat. Die schon verschiedentlich betonte ungenügende Wirksamkeit der Nachweise hat bewiesen, daß dies allerorts der Fall sei, und vor allem trüge daran die Schuld die Verschiedenartigkeit der bestehenden Nachweise. Der Tarifausschuß müsse bestrebt sein, eine Einheitlichkeit der Nachweise zu erzielen, solle anders von einer Wirksamkeit der Nachweise überhaupt die Rede sein.

Herr Bügenstein erklärt demgegenüber, daß betreffs der Nachweise zunächst an dem Bestehen der Leistungen des § 48 nicht zu rütteln sei; man könne wohl anregen, die Frage an den einzelnen Orten zu ventilieren, aber vor Ablauf des bestehenden Tarifes sei an dem Fortlauft desselben auch in Bezug auf den § 48 nichts zu ändern. Persönlich wolle er nur betonen, daß man berücksichtigen müsse, daß es sich hier um eine junge Institution handle, deren Wirksamkeit man noch abwarten müsse. Ferner schildert die einzelnen Vorkommnisse, die erschwerend auf die Thätigkeit der Nachweise gewirkt hätten, zu dem nicht in letzter Linie das Verhalten der Arbeitslosen den Nachweisen gegenüber selbst beigetragen habe. Es bedürfe absolut nicht der Errichtung einer neuen Zentrale, denn die Zentrale sei da, diese sei das Tarifamt. Die gewünschte Verbesserung der Nachweise, auch der nach § 48 des Tarifs bestehenden, sei in die Wege geleitet. Aber es dürfe auch nirgends passieren, daß, wenn Gehilfen auf Grund des § 48, 2 an eine Druckerlei gewiesen werden, diese etwa die Kondition nicht annehmen, wenn z. B. der Verband die betr. Druckerlei gesperrt hat, ebenso wenig könnten Prinzipale derartige von den Nachweisen zugewiesene Gehilfen zurückweisen wegen etwaiger Zugehörigkeit zu einer Organisation. Der Deutsche Buchdrucker-Berein hat es für seine Pflicht erklärt, für seine Nachweise die strenge Befolgung des § 49 innezuhalten. Nach dieser Richtung hin liegen auch keinerlei Beschwerden vor, können solche erhoben



werden, dann solle man dies beim Tarif-Amt thun und es werde in strengster Weise gegen die Nachweise vorgegangen werden, wie dies schon in einigen Fällen geschehen. Um sich ein Urteil über die Arbeitsnachweise zu bilden, müsse man doch erst eine gewisse Zeit ihrer Thätigkeit abwarten.

Herr Bernstein äußert sich in ähnlichem Sinn und bittet Herrn Rnie, gegenüber der Ausschlußlosigkeit seines Antrages, diesen zurückzuziehen.

Herr Rnie erwidert demgegenüber, zum mindesten zu beschließen, in den einzelnen Orten die bestehenden zweierlei Nachweise in gemeinsame Tarif-Arbeitsnachweise umzuwandeln, die unter Verwaltung der Prinzipale und Gehilfen ständen. Ist der Tarif für die Allgemeinheit geschaffen, so müßten dies auch die Nachweise sein. Nach seinem Dafürhalten ist der Ausschluß wohl berechtigt, hier Wandel zu schaffen.

Herr Klapproth erklärt zunächst, daß ihm erst jetzt von einem Entwurfe für eine Arbeitsnachweis-Zentrale etwas zu Gehör komme; es sei also unmöglich, ohne Kenntnis dieses Entwurfes darüber zu beraten; er beantrage, die Beratung deshalb zu vertagen.

Herr Bügenstein spricht sich für Weiterberatung aus; dem Antrage wird zugestimmt.

Herr Giesecke meint, daß die Materie seines Erachtens völlig klarliege, auch er wünsche eine Reform hierin, daß alle Nachweise sich den für dieselben geschaffenen Satzungen unterordnen, d. h. daß die Frage der Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation bei dem Nachweise von Arbeit nicht in Betracht kommen dürfe. Als Zentrale brauche man nur das Tarif-Amt anzuerkennen und daselbe zu beauftragen, in diesem Sinn auf die Arbeitsnachweise einzuwirken. In der bestehenden Form derjenigen Nachweise, die sich nur dem § 48 unterstellt haben, kann unser Ziel nicht erblickt und mit denselben eine rechte Wirksamkeit nicht erblickt werden.

Herr Bettenworth muß auch erklären, daß von den Nachweisen, bei denen die Gemahregelten aus dem II. Kreise vorgebracht wurden, nicht ein einziger untergebracht worden sei.

Herr Rar konstatiert, daß er mit Herrn Raub sich davon überzeugt habe, daß der Leipziger Nachweis bei Einstellung von Konditionslosen nicht unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation funktioniere, sondern die sich Meldenden der Reihe nach unterbringe.

Auch Herr Raub kann von einer Wirksamkeit der Nachweise nichts berichten, gibt aber zu, daß die direkte Vermittlung einiger Konditionsloser durch das Amt nach Berlin mit Genugthuung begrüßt worden sei.

Herr Bügenstein meint, wenn Herr Bettenworth sich über das Nichtunterbringen von Arbeitslosen beschwerte, so möge er dem Gefühl nach in seinem Rechte sein. Zur Beseitigung solcher Mißstände werde es sich allerdings erforderlich machen, daß das Tarif-Amt als Zentrale in Sachen der Arbeitsnachweise zu fungieren habe; das hätten die hier gerügten Fälle beweisen. Er beantrage deshalb zu beschließen: Der Tarif-Ausschuß beauftragt das Tarif-Amt, Einrichtungen zu treffen, nach welchen es selbst als Zentrale unter den verschiedenen Arbeitsnachweisen wirkt, soweit es sich um Unterbringung von Gehilfen auf Grund § 48 Teil 2 des Tarifs handelt. Nach seinem Dafürhalten wäre es möglich, damit den hier geäußerten Wünschen zu begegnen, ohne unser Gesetz zu verletzen.

Herr Dominé betont die Notwendigkeit der schnellen Vermittlung durch die Nachweise, die ein ebenso schnelles Handeln der Unterbringenden nötig mache. Daß die rheinländischen Gehilfen durch den Frankfurter Nachweis nicht untergebracht worden seien, liege daran, daß man selbst 30 Tarifopfer am Plage hatte.

Herr Bügenstein muß demgemäß erklären, daß beim Amt von Frankfurter Gemahregelten nichts bekannt sei, der Nachweis hatte aber nicht das Recht, ohne Wissen des Tarif-Amtes seine eignen Arbeitslosen vor den früher angemeldeten rheinländisch-westfälischen zu berücksichtigen.

Herr Klapproth betont, daß dort, wo eine größere Anzahl Ausständiger am Plage, auch die Meldung derselben präziser und unter Nennung der Namen zu erfolgen habe.

Herr Bernstein beantragt Schluß der Besprechung der Punkte 3 und 5 der Tagesordnung; derselbe wird angenommen.

Von den noch eingetragenen Rednern spricht zunächst Herr Raub noch einmal über den Nachweis in Leipzig, betont die bedauerliche Antipathie einzelner Prinzipale gegen die Verbandsgesellschaften, wodurch die Arbeitsnachweise an einem Unterbringen der Gehilfen der Reihe nach verhindert werden. Auch kann bei den Dresdener Nachweisen von einem Zusammenarbeiten nicht die Rede sein.

Auf Anregung des Herrn Schlag wird nunmehr zum Beschluß erhoben, daß sämtliche Nachweise verpflichtet sind, die für den Tarif arbeitslos Gewordenen unterzubringen, alsdann aber nur solche Gehilfen, die aus tariftreuen Druckereien kommen.

Dieser Beschluß soll in Form einer Bekanntmachung den Nachweisen zur Kenntnis gebracht werden.

Herr Rnie zieht bei der Ausschlußlosigkeit seines Antrages denselben zurück und wird hierauf der Antrag Bügenstein einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung: Veröffentlichung der Schiedsgerichts-Entscheidungen. Herr Bügenstein führt zunächst aus, daß die Veröffentlichung Pflicht des Tarif-Amtes sei, welches aus den Entscheidungen einen Kommentar zu schaffen habe. An letztere Frage heranzutreten, sei bei der Unübersichtlichkeit des eingegangenen Materials unmöglich gewesen. Demgegenüber muß hier festgestellt werden, daß die Schiedsgerichte in allen Klagefällen verpflichtet sind, den Tatbestand, die Vernehmung, das Urteil und die Motive einzureichen. In weiterer Linie komme die Verschiedenartigkeit der Rechtsprüche über den einen Fall in Betracht, so daß es unmöglich ist, beide einander gegenüberstehende Entscheide zu veröffentlichen. Dem Tarif-Amt muß deshalb das Recht einer Revisionsinstanz gewahrt werden. Lautet aber ein Schiedspruch direkt gegen die gefassten Beschlüsse des Ausschusses, dann müsse das Tarif-Amt das Recht haben, solche Entscheide aufzuheben. Er bittet den Ausschuß, hierüber zu beschließen, um überhaupt eine Veröffentlichung möglich zu machen.

Herr Rnie wünscht eine Verlesung der Entscheide, was Herr Giesecke bei dem Umfange des Materials für unmöglich erklärt.

Herr Bernstein ist der Ansicht, daß sich nur dann die Entscheide zur Veröffentlichung empfehlen, wenn dieselben hinsichtlich ihrer Rechtsgültigkeit vom Tarif-Amt geprüft sind. Er bringe folgenden Antrag ein:

Das Tarif-Amt soll nur diejenigen Entscheide veröffentlichen, die es selbst als Revisionsinstanz gefaßt oder die es nachgeprüft und anerkannt hat.

Herr Bügenstein erklärt, daß der Antrag des Herrn Bernstein wohl so aufzufassen sei, daß nur solche Entscheide zu veröffentlichen seien, die entweder als Berufung das Amt passiert haben, oder aber von demselben als sachlich und formell richtig anerkannt worden sind.

Herr Klapproth schließt sich dem Antrag an, ebenso Herr Seip, nur ist letzterer damit nicht einverstanden, daß das Tarif-Amt überhaupt Beschlüsse aufheben kann. Das würde zu einer schablonenmäßigen Arbeit führen.

Herr Bügenstein betont demgegenüber, daß bei der geringen Zahl der Schiedsrichter sehr selten Streitfälle auf Grund der Abstimmung zu Berufungssachen werden können, und es doch vermieden werden müsse, dem Tarife widersprechende Entscheide als rechtskräftig zu erklären. Es könne ja aber auch dem Tarif-Amt anheimgegeben werden, solche Entscheide dem betr. Schiedsgerichte nochmals zur Verhandlung zu überweisen.

Herr Seip ist der Meinung, daß die Kürze der Berichte des Tarif-Amtes nicht in Stand setze, klar zu sehen, welchen Motiven die Entscheide entsprungen sind.

Herr Giesecke wendet sich ebenfalls gegen die Ausdehnung des Antrages Bernsteins in diesem Sinne. Nach seinem Ermeßen seien alle Entscheide zu veröffentlichen und nur vom Amt ausgearbeitet. Tarifwidrige Beschlüsse würden einfach zur Zurückverweisung an das betr. Schiedsgericht führen.

Herr Bernstein findet nicht, daß Herr Giesecke im allgemeinen gegen seinen Antrag gesprochen; man könne doch aber nicht verlangen, daß Entscheide veröffentlicht werden, die im ganzen Deutschland Kopfschütteln verursachen würden. Sind Beschlüsse unter Berücksichtigung lokaler Verhältnisse gefaßt, sollten diese ja nicht umgefloßen werden, nur die Veröffentlichung müsse unterbleiben.

Herr Raub betont die Zufriedenheit mit dem Leipziger Schiedsgericht, erklärt sich aber auch für Annahme des Antrages des Herrn Bernstein, um einen Kommentar für alle späteren Klagefälle zu schaffen.

Herr Rnie vermag nicht einzusehen, daß Schiedsgerichte einander widersprechende Urteile fällen können, um so eine Nachprüfung nötig zu machen.

Herr Klapproth wünscht nunmehr eine Veröffentlichung aller Entscheide, das Unzutreffende des Beschlusses solle durch das Tarif-Amt einfach durch eine Schlussnote markiert werden.

Herr Wachs ist auch für Veröffentlichung, aber das Tarif-Amt müsse das Recht haben, Urteile vorher zu prüfen und falsche Entscheide dem Wiederaufnahme-Verfahren zu überweisen.

Herr Naglau bittet, dem Tarif-Amt hierin doch volles Vertrauen zu schenken, und daß daselbe es verstehen werde, alles zu vermeiden, was zum Schaden der Rechtsstellung der Schiedsgerichte führen könne. Je mehr sie die Rechte des Tarif-Amtes erweitern, das wir uns als Krone des Tarifganges gedacht haben, umsomehr kräftigen sie die ganze Tariforganisation in ihrem Aufsehen.

Herr Schlüter schließt sich dem an, womit die Rednerliste erschöpft ist.

Nach nochmaliger kurzer Begründung des Antrages Bernstein wird derselbe angenommen.

Herr Bügenstein beantragt, den Satzungen der Schiedsgerichte einzufügen, daß eine Berufung gegen gefällte Entscheide innerhalb 14 Tagen einzureichen sei; geschieht dies nicht, ist das Urteil rechtskräftig.

Der Antrag wird angenommen, und damit erfolgt Schluß der ersten Sitzung.

Protokollarisch wird festgelegt: daß der Kreisvorort verlegt werden darf. Der § 50 ist so aufzufassen, daß darunter nur die räumlichen Abgrenzungen der Kreise zu verstehen seien.

Die Herren Schüster und Klapproth geben zu Protokoll: daß die Kontrolle über die Arbeitsnachweise für Hamburg-Altona, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern auf Wunsch der Kreisvertreter diesen überwiesen worden sei. (Schluß folgt.)

## Korrespondenzen.

**A. Barmen.** In der am letzten Sonntag, den 23. Mai, hierseits abgehaltenen Bezirksversammlung, welche von etwa 40 Mitgliedern besucht war, brachte der Vorsitzende nach Verlesung des Protokolls, welches Genehmigung fand, einen Artikel aus Pastor Naumanns „Zeit“ über die Buchdruckerorganisation zur Verlesung. Hierauf schritt man zur Durchberatung der Tagesordnung zum Goutage. Bei Punkt 2 derselben, Rechnungsablage und Dechargeerteilung, wurden die Delegierten ersucht, dafür zu agitieren, daß die Rechnungsbücher des Gaus stets zur Zeit fertig gestellt werden; es liege wohl nicht allein an den Bezirksvorständen, sondern am Gauvorstande selbst, daß dies bis jetzt nicht geschehen sei. Bei Punkt 5: Stellungnahme zu den Druckereien, welche den 1896er Tarif nicht anerkannt haben, wünscht die Versammlung, daß die Delegierten den Antrag der Mitgliedschaft M. Gladbach unterstützen. Ueber Punkt 6: Stellungnahme zum Ausschusse der Herausgeber der B.-W., glaubt die Versammlung, daß es wohl am besten sei, zur Tagesordnung überzugehen, da der Goutage hierzu nicht kompetent sei, vielmehr dies wohl nur einer Generalversammlung aufstehe oder dem Zentralvorstande (?), desgleichen wird Uebergang zur Tagesordnung bei Punkt 8 gewünscht, welcher die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises am Bororte des Gaus beantragt. In Bezug auf Punkt 7, Antrag Herlohn, betreffend den vom Gauvorstande gutgeheißenen Austritt von 4 Mitgliedern, wird den Delegierten anheimgegeben, sich erst aus den Verhandlungen ein klares Bild zu schaffen und danach ihre Beschlüsse zu fassen. Für Punkt 9: Antrag Nachen und Krefeld, betreffend Errichtung einer Witwen- und Waisenklasse, konnte sich die Versammlung nicht erwärmen und ersuchte die Delegierten, diesen Antrag abzulehnen. Betreffs des ersten Antrages des Punktes 10: Abänderung des Gausstatuts, welcher wünscht, daß der Gauvorstand bei außergewöhnlichen Anlässen (Streiks usw.) das Recht hat, eine Extrasteuer von 50 Pf. auszusprechen, wird, nachdem von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen, daß Rheinland-Westfalen als Versuchssubjekt genommen werden soll und dann zum Schlusse die Kosten selbst aufbringen muß, und auch daran erinnert wurde, welcher Mißbrauch ja heute mit dem „u.w.“ getrieben werde, wurde den Delegierten anheim gegeben, sich dort klarheit zu verschaffen und diesen Antrag möglichst zu Falle zu bringen. Die folgenden Anträge des Bezirks Barmen wurden nach wie vor unterstützt, während die beiden Anträge des Gauvorstandes und der Antrag der Mitgliedschaft Düsseldorf abgelehnt wurden, indem die alten Bestimmungen bestehen bleiben sollten. Auch der Antrag der Mitgliedschaft Hagen, den am Orte bezugsberechtigten Kollegen, welche abreisen wollen, ein Abreisegeld zu gewähren, wird den Delegierten zur Annahme empfohlen. Die Entscheidung über Punkt 11, 12 und 13 wird den Delegierten überlassen und bei Punkt 14, betreffend Festsetzung der Diäten für die Delegierten, der Antrag der Mitgliedschaft Witten, dieselben auf 5 Mk. pro Tag festzusetzen, unterstützt. Ueber die übrigen Punkte wurde in keine Debatte eingetreten. Als Kandidaten für den Goutage fand die Kollegen Lange, Theilen, Epe, Widardt als Delegierte und Kollege Himmelmann als Ersatzmann gewählt. — Unter Verchiedenem ist zu bemerken, daß das im Prinzip beschlossene Bezirks-Johannisfest Barmen-Elberfeld nicht in Barmen, sondern in Schwelm am 20. Juni stattfinden wird.

**Düsseldorf.** 18. Mai. In der am Sonntag, dem 16. Mai, in Detmold abgehaltenen zweiten Bezirksversammlung kam nach Erledigung der üblichen Formalitäten unter Punkt 1 der Tagesordnung umfassende, hier im Auszuge wiedergegebene, am 15. März 1897 ausgenommene Statistik des Bezirks zur Verlesung. Man wußte immer, daß bei uns vieles faul sei, aber daß die Verhältnisse für den Verband im Bezirke so überaus ungünstig sind wie die nackten Ziffern beweisen, hatten wohl die wenigsten Versammlungsbesucher geglaubt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, wie gerade die „schwarzen“ Gegenden am traurigsten dastünden, und wie schwer es sei, dort für unsere Bestrebungen Verständnis zu finden. Ein Kollege gab eine gelungene Illustration jener Verhältnisse zum besten durch Verlesung eines Zeitungsartikels über das fünfzigjährige Geschäftsjubiläum der Firma Ferdinand Schöningh in Paderborn. Die Gehilfen, die dort mit 28 und 30 Pf. berechnen und im gewissen Gelde mit 12 bis 21 Mk. pro Woche entlohnt werden, haben dafür nach dem Artikel Anteil an einer Stiftung für das Geschäftspersonal, für die die Firma ein „bedeutendes“ Kapital geschenkt, und an dem vom H. Vater unterm 10. d. gegebenen apostolischen Segen. Bei dem Festmahle durften sie den Trinkspruch eines Prälaten, der das „hergebrachte schöne Einvernehmen zwischen Prinzipal und Angestellten“ lobend hervorhob, anheben und dann „mit großer Begeisterung mehrere vom Seher K. verfasste gemeinsame Lieder“ singen! — Für diese Leute seien die gegenwärtigen Verhältnisse, meinten verschiedene Kollegen, noch viel zu gut, denn diese Kollegen würden wohl nicht eher

Druckorte	Beschäftigt sind:								Dierion find		1896er Lohn wurde anst.				Es arbeiten Gehilfen Ber. im gew. Betrie				Es arbeiten Gehilfen mehr als effekt. 9/10 St.				Vehrlinge sind zur Zeit noch.			
	Anzahl bei Druckerei	Leitenden	Arbeitslosen	Lege	Träger und Wachmann.	Schneiden	Druckerei	Summa	Gez. Wagt.	Wach. Wagt.	Lehrst.	Lehrl.	nicht	Lehrst.	Lehrl.	über 20 St.	unter 20 St.	weniger als effekt. 9 St.	effektiv 9 Stunden	effektiv 9 1/2 Stunden	nicht als effekt. 9 1/2 St.	Lege	Träger	Druckerei	Summa	
Bielefeld	12	5	4	97	27	3	4	140	81	59	4	4	3	16	6	82	22	14	8	91	31	10	23	14	1	38
Detmold	7	1	—	29	4	5	—	39	24	15	1	2	4	—	8	14	11	6	—	17	19	3	2	—	—	2
Herford	4	—	—	15	5	1	—	21	2	19	—	1	3	—	5	—	3	13	—	1	8	12	2	1	—	3
Lippstadt	4	1	—	8	3	1	—	13	—	13	—	—	4	—	—	—	13	—	—	8	5	4	—	—	4	
Pöster	4	1	—	8	2	3	1	15	—	15	—	—	4	—	—	3	10	—	—	6	9	2	?	?	?	
Paderborn	8	3	5	58	15	2	1	84	4	80	1	—	7	—	32	18	7	27	—	2	—	82	8	4	—	12
Minden	5	2	—	26	12	1	—	41	2	39	—	—	5	—	13	7	8	13	—	—	41	11	3	—	14	
Gütersloh	3	1	1	27	5	—	1	35	1	34	—	—	3	—	18	4	2	11	—	—	6	29	7	—	7	
Salzungen	2	1	—	2	2	1	1	7	7	6	1	—	2	—	—	5	2	—	—	2	5	1	2	—	3	
Schüttmar	1	—	—	1	—	1	—	2	—	2	—	—	1	—	—	—	2	—	—	—	2	—	—	—	—	
Leigo	2	—	—	4	1	1	—	6	—	6	—	—	2	—	—	1	—	5	—	—	6	7	—	—	7	
Hünne	2	—	—	1	—	2	—	3	2	1	—	—	2	—	—	2	1	—	—	3	2	2	—	2	2	
Warburg	2	—	—	1	—	1	—	2	—	2	—	—	2	—	—	1	1	—	—	—	3	2	—	3	—	
Halle	1	—	—	3	—	—	—	3	3	—	—	—	1	—	—	2	1	—	—	3	—	—	—	—	—	
Disfen	1	—	—	2	1	—	—	3	1	2	—	—	1	—	—	2	1	—	—	—	2	1	—	—	3	
Lage	1	—	—	1	—	1	—	2	—	2	—	—	1	—	—	—	—	2	—	—	2	?	?	?	?	
Blomberg	1	—	—	1	—	1	—	2	—	2	—	—	1	—	—	—	—	2	—	—	2	3	—	3	—	
Wiedenbrück	1	—	—	1	—	—	—	2	—	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	
	61	15	10	284	77	24	8	418	126	292	7	8	45	16	82	141	61	118	8	114	88	208	76	25	1	102

Die Druckerei der Volkswacht hat seit 1891 8 1/2-jährige effektive Arbeitszeit und entlohnt über Minimum, hat aber den Tarif weder mündlich noch schriftlich anerkannt.

andern Sinnes werden, als bis der Hunger sie dazu treibe. — Bei Punkt 2, „Kassenbericht“, wurde Beschwerde geführt über die Nachlässigkeit mancher, namentlich junger Kollegen, die bei Konditionswechsel sich nicht rechtzeitig an- und abmelden, wodurch den Vertrauensleuten viele Unannehmlichkeiten erwachsen. Ein kleiner, von den Beträgen der Extrasteuer übriggebliebener Fonds von 11,90 Mk. wurde der Bezirkskasse überwiesen. — Hierauf folgte die Durchberatung der Tagesordnung zum Gantag. In betreff Punkt 4, Tarifrage, beschloß die Versammlung, den Delegierten freie Hand zu lassen. Der Antrag W.-Glabach-Meydt unter Punkt 5, den Beschluß des Gaudvorstandes, der die Druckereien, die den Tarif weder schriftlich noch mündlich anerkannt, außer § 2 stellt, aufzuheben, verwarf die Versammlung nach längerer Diskussion. Bei Punkt 6, „Stellungnahme zu dem vom Hauptvorstande vorgelegenen Ausschluß der Herausgeber der B.-W.“, kam es zu einer eingehenden Aussprache. Wenn auch ein paar Redner mit ihren Ausführungen sich der Ansicht angeschlossen, die Wiederaufnahme der Ausschüsse von dem Eingelassen der B.-W. abhängig zu machen, so betonte doch die Mehrzahl der Redner die Richtigkeit der vom Zentralvorstande getroffenen Maßregel. Eine Organisation ohne Disziplin sei für uns wertlos. Der von Gash und Genossen eingeschlagene Weg sei keine Opposition, sondern einfach ein schmächtliches Indentrußfallen eigener Arbeitsgenossen. Dem Fall den Boden ausgeklagelt habe Gash mit seinem letzten Manöver im Leipziger Gewerkschaftskartell. Scharfe Proteste verschiedener Redner gegen das Vorgehen des Leipziger Kartells aus deren mit lautem Beifall aufgenommenen Ausführungen wieder. Der zu dieser Sache vom Vorsitzenden verlesene Artikel in Nr. 18 des Korrespondenzblattes fand sehr beifällige Aufnahme. Die Versammlung beschloß mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit, die Anträge der Mitgliedschaften Jerslohn, W.-Glabach-Meydt und Dortmund abzulehnen. Zu dem Antrage der Mitgliedschaft Jerslohn unter Punkt 7 wurde der folgende Antrag gegen 6 Stimmen angenommen: „Die Versammlung erklärt den Austritt der 4 Kollegen aus dem Ortsverein Jerslohn für statutenwidrig und kann das Verhalten des Bezirks- und Gaudvorstandes in dieser Frage nicht gutheißen.“ Ueber die Punkte 8 und 9 fanden keine Verhandlungen statt (Der Ortsverein Bielefeld hat sich in seiner letzten Mitglieder-Versammlung gegen Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse ausgesprochen). Bei Punkt 10, Abänderung des Gaudstatuts, wurde zu dem Antrage des Gaudvorstandes betr. § 6 beschloßen, statt der Worte: „bis zum Betrage von 50 Pf.“ zu beantragen: „auf beliebige Zeit und Höhe“; ferner erklärte die Versammlung ihre Zustimmung zu dem Antrage Barmen, § 6 Abs. 2, und zu dem Antrage des Gaudvorstandes, § 9, demnach dagegen die Anträge des Gaudvorstandes und Barmens betr. § 12. Für die anderen Punkte wurde den Delegierten wiederum freie Hand gelassen. — Auf die Kandidatenliste wurden 9 Kollegen gesetzt. — Die nächste Bezirksversammlung soll in Bielefeld stattfinden. — Unter „Verschiedenes“ kam dann der leidige Detmolder lokale Streit, das entsetzt terribile, welches in letzter Zeit die Bezirksversammlungen in Erregung setzte, zum Vorschein. Hoffentlich gelingt es der von der Versammlung eingesetzten Kommission von 6 Kollegen, die den Ursachen der Reibereien auf den Grund gehen soll, eine Schlichtung des Streitfalles herbeizuführen. — Besuch war die Versammlung aus Bielefeld von 37, Detmold 23, Salzungen 2, Paderborn 2, Minden 1, Halle 1, Gütersloh 1 Mitglied. Außerdem waren noch einige Angehörige veränderter Gewerkschaften anwesend. Erwähnt sei noch ein Begrüßungstelegramm, welches ein Kollege aus Hanau geschickt hatte.

St. Dortmund. Die am 16. Mai in Dortmund abgehaltene zweite Bezirksversammlung war von 60 Kollegen aus den Orten Dortmund, Hamm, Soest und

Unna besucht. Die Orte Camen, Gastrop, Lütgendortmund waren nicht vertreten; da in diesen Orten mehrere Mitglieder stehen, so ist das bedauerlich und läßt gewiß nicht auf allzu großes Interesse für unsern Verband schließen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Ederberger-Hamm durch Erheben von den Sigen. Die Verlesung des Protokolls brachte eine Anfechtung desselben durch Kollegen Esser: die in der vorigen Bezirksversammlung anwesenden Mitglieder bestätigten jedoch, daß die angefochtene Aeußerung geübt sei. Eine längere Debatte entspann sich, nachdem Kollege Capelle Bericht erstattet hatte, über das Gesuch an den Zentralvorstand wegen 300 Mk. Voransch. Die Kollegen Esser und Voigt griffen den Zentralvorstand heftig an, wegen der Kollegen Engiz und Steinweg dieses Verhalten als ordnungsmäßig hinstellen, da der Zentralvorstand im Rechte sei, wenn er auf den Instanzenweg hinweise. Kollege O. Böding-Hörbe beantragte schließlich Uebergang zur Tagesordnung, den die Versammlung genehmigte. Der hierauf vom Kollegen Gierig erstattete Kassenbericht wurde von den Mitgliedern als richtig anerkannt und dem Kassierer Decharge erteilt. Beim nächsten Punkte wurde über die Anträge der Mitgliedschaft Dortmund und der Mitgliedschaft Hörbe verhandelt, ersterer lautet: „Die Bezirksversammlung möge beschließen: Die Ausschüsse von Sindermann und Genossen sind zurückzunehmen. Die Versammlung spricht zugleich die Hoffnung aus, daß dann die B.-W. von der Bildfläche verschwinden wird. Außerdem verlangt die Bezirksversammlung, daß unser Organ, der Corr., jeder sachgemäßen Aeußerung auch gegen die Tarifgemeinschaft Aufnahme gewährt.“ Der andre Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Die Bezirksversammlung zu Dortmund möge beschließen, folgenden Antrag zum Gantag zu stellen: Der Gantag erblide in dem Ausschluß der Kollegen Sindermann und Genossen eine schwere Schädigung des Verbandes und verlangt die Wiedereinführung derselben in ihre alten Rechte, vorausgesetzt, daß vorher die B.-W. ihr Erscheinen einstellt.“ Nach längerer, teilweise recht unerquicklicher Debatte, die nur das schon oft Gehörte bot, wurde der Antrag Hörbe mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. An dieser Stelle muß auch das Verhalten einiger Kollegen gerügt werden, welche durch ihr, jeder parlamentarischen Ordnung höhnisch sprechendes Verhalten nur die Versammlung fördern und den amtierenden Kollegen das Leben schwer machen. Es war leider so tumultuarisch geworden, daß der überwachende Beamte die Versammlung zu schließen drohte. — Als Kandidaten für den Gantag wurden folgende Kollegen aufgestellt: Bäumchen, Capelle, Engiz und Steinweg aus Dortmund, Brüggemann und Formann aus Hamm, O. Böding und Fr. Böding aus Hörbe, Döller aus Unna und Hausberg aus Soest. Nachdem noch unter Verschiedenes mehrere Anfragen erledigt waren wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

H.-n. Düsseldorf. Die am 23. Mai in Krefeld abgehaltene Bezirksversammlung wies leider eine recht schwache Beteiligung auf; von etwa 140 Mitgliedern waren ganze 36 Mann erschienen, davon konditionieren in Krefeld 23, W.-Glabach-Meydt 4, Düsseldorf 9. Leider müssen wir die Bemerkung speziell am Vorort machen, daß gerade die älteren Kollegen in den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen. Zu verwundern ist das allerdings nicht, denn die Debatten, welche von Seiten der sogenannten Opposition geführt werden, sind manchmal geradezu ekelhaft und spielen persönliche Beleidigungen dabei nicht die kleinste Rolle. Immerhin ist es aber Pflicht aller Kollegen, in Orts- und Bezirksversammlungen zahlreich zu erscheinen, um so die Uebergriffe einzelner Kollegen ganz energisch zurückzuweisen. — Um 3 1/2 Uhr wurde die Versammlung vom Kollegen Wurmman-Krefeld in Abwesenheit des Bezirksvorsitzenden mit einer Begrüßung der erschienenen Kollegen er-

öffnet. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, übernahm Kollege Neuber, welcher inzwischen eingetroffen, den Vorsitz und erteilte Kollegen Steberts das Wort zur Erstattung des Kassenberichts pro erstes Quartal 1897. Danach hatte der Bezirk eine Einnahme von 4904,64 Mk. und eine Ausgabe von 3536,08 Mk., Mitgliederstand war Ende des ersten Quartals 143; Restanten hatten wir 40 mit 222 Wochenbeiträgen. Nachdem ein Schreiben der nicht anwesenden Revisoren vorgelesen war, worin dieselben die ordnungsmäßige Kassenführung bestätigten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Hierauf wurden die Kollegen Schaab, Krüger und Steberts mit der Feststellung des Resultates der Delegiertenwahlen zum Gantage beauftragt (siehe Nr. 61 des Corr.). — Der Vorsitzende erklärte nun, daß sich die Verhältnisse im Bezirke seit Erstattung des letzten Berichtes um nichts geändert hätten und besondere Vorkommnisse nicht zu verzeichnen wären. Des ferneren wurde die Tagesordnung zum Gantag einer Durchberatung unterzogen. Bemerkenswert hierbei war, daß die Versammlung den Delegierten empfahl, bei Punkt 5 für den Antrag der Mitgliedschaft W.-Glabach-Meydt zu stimmen, wonach der Beschluß des Gaudvorstandes aufgehoben werden soll, daß die Nicht-Tarifdruckereien außer § 2 zu stellen sind; ferner sprach man sich über den Antrag des Gaudvorstandes betr. Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises für unsern Gau zustimmend aus. Beim Punkte Druckerangelegenheiten äußerte sich die Versammlung dahin, daß die Gaudruckerer nicht ein Schmerzenskind für uns gewesen und es das beste sei, sie bei günstiger Gelegenheit zu verkaufen. Auch die Teilung unseres Bezirkes wurde von der Mehrheit der Versammlung bestritten, hauptsächlich aus agitatorischen Gründen. — Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Uerdingen gewählt und nachdem Kollege Hohns-Krefeld noch ein Hoch auf den Verband ausgedrückt, die Versammlung um 7 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Sch.-m. Hamburg. Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona hielt am Sonntage, den 23. Mai, bei „Schwach besetztem Haus“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Wenn auch an besonders schönen Tagen, mit welchen der diesjährige Wonnemonat bis jetzt leider nicht allzu freigebig war, die Lust zum Debattieren eine naturgemäße Beinträchtigung erfährt und überdies von einem Teile der hiesigen Kollegenchaft Maßnahmen zu treffen waren, um für den Empfang und hoffentlich recht angenehmen Aufenthalt der in den Pfingstfeiertagen uns mit ihrem Besuche beehrenden Berliner Kollegen das Nötige vorzubereiten und außerdem noch unsere „tonangebenden“ Mitglieder vielleicht zu einer Generalprobe der Vortragsweise entboten und daher am Erscheinen in der Generalversammlung verhindert waren, so handelte es sich doch an dem genannten Tag um die „Geist“-gebende Versammlung, welche einiges Interesse für sich in Anspruch nehmen sollte. Vor Eintritt in die Tagesordnung vernahmen die Anwesenden die frohe Mitteilung des Vorsitzenden, daß bis zum 10. Juni für den Besuch der Bielefelder Gemäldeausstellung Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. à Person durch die Rentakur zu beziehen seien, ebenso daß Freitickets zum Koncertsaale Hamburg an die Mitglieder gratis abgegeben werden. Alsdann wurde bei § 19 des Entwurfs in die Statutberatung eingetreten. Hierzu lag ein Abänderungsantrag vor, welcher aber abgelehnt wurde. „Der Worte sind genug gewechselt“ usw. dachte gewiß der folgende Redner, Kollege Bendjaneider, und reichte einen Antrag auf en bloc-Aannahme des Statutentwurfs ein, der denn auch — ohne die geringste „Opposition“ hervorgerufen — von der Versammlung angenommen wurde. Wenn kurz zuvor noch Kollege A. Bauersfeld bona fide durch Wiederherstellung der Bestimmung im alten Statute gegenüber dem Entwurf im § 14 für eine bessere Befolgung der Schriftführer eintrat, so bewiesen die allseitige Zustimmung und der Erfolg seiner Bemühung, daß seine Rede keine „gehaltlose“ war. Nachdem alsdann die Schlussabstimmung über das neue Statut stattgefunden, welche zu dessen Annahme führte, wäre noch aus dem vom Kollegen Bendjaneider erstatteten Bericht aus der letzten Sitzung des hiesigen Gewerkschaftskartells besonders hervorzuheben, daß in Bezug auf die durch Sammlung ausgebrachten Gelder zur Unterstützung des verstorbenen Hakenarbeiterausstandes die Buchdrucker anderen an Zahl weit stärkeren Gewerkschaften bedeutend „über“ sind. Schließlich kamen noch einige andere Thematia zur Erörterung, welche Angelegenheiten betreffen, die der Aufklärung noch sehr bedürftig sind und daher für die diesmalige Berichterstattung nicht geeignet erschienen.

Beizt. Oepeln. Zu der am 16. Mai im Brauhauslaale zu Reisse abgehaltenen Versammlung waren 44 Kollegen anwesend und zwar aus Bries 14, Mültisch 1, Reisse 15, Neustadt 3, Oepeln 10 und Biegenhals 1. Als Gäste waren erschienenen Kollege Mevius-Estrehlen und Eindruder Weisenborn-Oepeln. Der Vorsitzende La Dous eröffnete um 11 1/2 Uhr die Versammlung mit Begrüßung der erschienenen Mitglieder und hieß auch unsern Gaudvorsitzer Schlag herzlich willkommen, zugleich den Wunsch ausdrückend, daß die Beschlüsse der Versammlung auch diesmal zum Heile des Verbandes gereichen möchten. Gleich nach Eröffnung der Versammlung stellte Kollege Kjos im Namen der Mitgliedschaft Bries den Antrag, daß Mitglieder von anderen Gewerkschaften zur Versammlung nicht zugelassen würden. Nachdem

Vorsitzende in der Beschl.